

Armut und Bildung

Christoph Butterwegge



Christoph
Butterwegge

„Armut“ und „Bildung“ sowie ihr Verhältnis zueinander stehen derzeit im Mittelpunkt zahlreicher öffentlicher und Fachdiskurse. Sowohl mit Blick auf die Ursachen (analytisch) wie auch mit Blick auf die Bekämpfung der Armut (politisch-strategisch) erscheint die Bildung dabei als dominant: Einerseits wird vor allem *Kinderarmut* fast immer auf Bildungsmängel zurückgeführt, andererseits konzentrieren sich die Gegenmaßnahmen durchaus folgerichtig auf verstärkte Bildungsbemühungen, -anstrengungen bzw. -angebote. Fraglich ist jedoch, ob der Hauptgrund für die soziale Polarisierung wirklich in einer parallel dazu wachsenden Bildungsungleichheit und kulturellen Defiziten der Unterschichtangehörigen liegt, anders gesagt: ob sich die Spaltung unserer Gesellschaft durch mehr oder eine bessere Bildung für alle überwinden bzw. bewältigen lässt. Hier wird argumentiert, dass durch eine Blickverengung auf (gescheiterte) Bildungsbiografien sozial Benachteiligter von den eigentlichen Wurzeln der sich ständig vertiefenden Kluft zwischen Arm und Reich abgelenkt sowie eine Individualisierung, Psychologisierung bzw. Pädagogisierung dieses Kardinalproblems der Gesellschaftsentwicklung betrieben werden kann, dessen erfolgreiche Lö-

sung nur mittels einer Umverteilung der enormen materiellen Ressourcen von oben nach unten möglich ist.

Bildungsdefizite und kulturelle Fehlentwicklungen – Ursachen von Kinderarmut?

Seitdem die Soziologin Jutta Allmendinger den Begriff „Bildungsarmut“ zur Jahrtausendwende in die deutsche Fachdebatte eingeführt hat, wird das Armutsproblem in der Öffentlichkeit vermehrt auf seine kulturelle Dimension reduziert und seine Genese oft allein darauf zurückgeführt. Zweifellos verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf einem flexibilisierten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschlusszeugnis wieder verlassen. Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum signifikant: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Armut macht zwar auf die Dauer dumm, Dummheit deshalb jedoch noch lange nicht arm.

Kinder aus sozial benachteiligten Familien gehören meist zu den Bildungsverlierer(inne)n, ihre Armut basiert jedoch selten auf falschen oder fehlenden Schulabschlüssen, denn die Letzteren sind höchstens Auslöser und Verstärker, aber nicht Verursacher materieller Not. Wohl führen Bildungsdefizite oft zu einer Verfestigung der Armut, weil die Chancen eines Menschen auf dem Arbeitsmarkt und Berufskarrieren heute immer stärker an Kompetenzen gebunden sind, die man an (Hoch-)Schulen erwirbt. Armut, d.h. in einer Wohlstands- und Konsumgesellschaft wie der unseren primär: Mangel an Geld, (sicherem) Einkommen und Vermögen, zieht neben finanziellen Schwierigkeiten (Überschuldung) fast zwangsläufig Unterversorgungsprobleme in fast allen Lebensbereichen der davon Betroffenen nach sich, etwa im Wohnen und Wohnumfeld, im Gesundheitsbereich, im Kultur- und Freizeitbereich sowie eben auch und gerade im Bildungsbereich. Dieser Umstand hat es materiell besser gestellten Schichten immer schon erleichtert, die Armen nach dem Motto „Geld macht ohnehin nicht glücklich!“ regelrecht zu verhöhnen, verleitet darüber hinaus jedoch heute noch manche Kommentatoren dazu, Armut zu subjektivieren, zu individualisieren bzw. zu biografisieren und sie auf Sozialisations- bzw. Kulturdefizite oder die „Bildungsferne“ der Betroffenen zurückzuführen.

Paul Nolte behauptete in einem unter dem zynischen Titel „Das große Fressen“ erschienenen Gastbeitrag für die *Zeit* (v. 17.12.2003), das Hauptproblem der Unterschicht sei gar nicht die Armut, sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und Fernsehen (RTL und Sat.1). Glaubt man dem Berliner Historiker, sind nicht etwa materielle Entbehrungen und gekürzte Sozialleistungen die Problemursache, sondern der Verlust kultureller Werte und Normen, welcher im Rahmen einer „fürsorgliche(n) Vernachlässigung“ erfolgt sei: „Einer vergleichsweise hohen materiellen Fürsorge

der Unterschicht steht eine Vernachlässigung in sozialer und kultureller Hinsicht gegenüber.“ In dasselbe Horn stieß der *stern*-Redakteur Walter Wüllenweber am 16. Dezember 2004, als er unter dem Titel „Das wahre Elend“ von der heutigen Unterschicht behauptete, sie leide keine Not: „Das Elend ist keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste. Der Unterschicht fehlt es nicht an Geld, sondern an Bildung.“

Sowenig ein ökonomistisch verkürzter Armutsbegriff das Phänomen in seiner ganzen Komplexität erfasst, sowenig Sinn macht ein kulturalistisch verkürzter Armutsbegriff. Ohne die Berücksichtigung der Schlüsselrolle materieller Güter für die Existenz, das Ansehen und die Wertschätzung eines Menschen im heutigen Finanzmarktkapitalismus kann das Problem nicht verstanden werden. Geradezu paradox erscheint, dass die überragende Bedeutung des Geldes sowie seiner halbwegs gleichmäßigen und gerechten Verteilung auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgerechnet zu einer Zeit immer häufiger angezweifelt wird, in der es aufgrund einer fortschreitenden Ökonomisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung in fast allen Gesellschaftsbereichen ständig an Relevanz für die Versorgung und den Status von Individuen gewinnt.

Wüllenweber konzedierte zwar, dass Deutschland gespalten sei: „Aber die Spaltung verläuft nicht entlang der wirtschaftlichen Linien. Es ist eine kulturelle Spaltung.“ Armut mache nicht krank, der schlechte Gesundheitszustand der Unterschicht sei vielmehr auf Disziplinlosigkeit zurückzuführen. Bisher hätten Politik, Gesellschaft und Sozialwissenschaften geglaubt, die Lebensformen der Unterschicht seien eine Folge der Armut. Richtig sei jedoch das Gegenteil: „Die Armut ist eine Folge ihrer Verhaltensweise, eine Folge der Unterschichtskultur.“

Hier werden Ursache und Wirkung miteinander verwechselt bzw. bewusst

vertauscht, wodurch gesellschaftlich bedingte Handlungsrestriktionen der Armen und politische Entscheidungen, die dafür verantwortlich sind, dass es sie gibt, aus dem Blick geraten. Wie die Menschheit im welthistorischen Maßstab zuerst genügend Reichtum schaffen musste, damit Kunst und Kultur erblühen konnten, genauso verhält es sich im persönlichen Nahbereich. Noch immer bestimmt die materielle Lage den Bildungsdrang und die kulturelle Prägung der Menschen, nicht umgekehrt.

Ansätze zur Neugestaltung des Verhältnisses von Bildungs- und Sozialpolitik

Neuerdings wird oft ein Gegensatz zwischen der „nach sorgenden“ Sozialpolitik traditioneller Art und einer moderneren, investiven bzw. „präventiven“, für das „Humankapital“ produktiven Variante der Sozialpolitik konstruiert, wodurch Ältere und Jüngere in Gegensatz zueinander geraten und ein „(Verteilungs-)Kampf der Generationen“ um die knappen Haushaltsmittel droht. Walter Wüllenweber drückt es in seinem Artikel „Die Schicksalsfrage der Nation“ (stern v. 20.12.2007) folgendermaßen aus: „Die Bildung hat in Deutschland einen mächtigen Konkurrenten: das Soziale.“ Habe die Losung „Bildung für alle“ große Teile der Gesellschaft gegen Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre geeint, seien die Ausgaben für den Wohlfahrtsstaat seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 nach dem Motto „Sozialknete für alle“ viereinhalbmal so stark gestiegen wie die für Bildung. „Gerechter ist Deutschland durch das Verteilen von Geld nicht geworden. Die Almosen vom Staat sind nur ein Schmerzmittel. Sie machen die Benachteiligung erträglich. Aber sie beseitigen sie nicht. Eine fundierte Bildung jedoch kann die Ungerechtigkeit wirksam bekämpfen. Sozial ist, was Bildung schafft.“ (ebd.) In Wahrheit er-

gänzen sich Bildungs- und Sozialpolitik bezüglich der notwendigen Inklusion von Kindern aus unterprivilegierten Elternhäusern, wirken also sinnvollerweise komplementär.

Sozialpolitik war nie bloß auf die Kompensation von Lohnarbeitsrisiken und die Statussicherung im Erwachsenenalter ausgerichtet, wie Aladin Mafaalani (Sozialinvestition statt Kompensation. Warum der Sozialstaat nur als Bildungsrepublik zukunftsfähig bleibt, in: GWP 2/2011, S. 227) behauptet. Denn seit jeher dient sie darüber hinaus zur Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut, wodurch die Sozialpolitik heute einer weiteren Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirkt. Dabei geht es um die soziale Emanzipation von Benachteiligten, Bedürftigen und Behinderten, nicht um eine Investition! Bei der Altersrente etwa sollte es sich um einen gerechten Lohn für die Lebensleistung eines Menschen handeln und nicht nach der Rendite für das „Humankapital“ gefragt werden. Daher wäre die Sozialpolitik auch in einer „Bildungsrepublik“, die Angela Merkel aus Deutschland zu machen verspricht, ohne dass viel geschieht, unverzichtbar.

Unglaublich wird, wer die Bildungs- als besonders zukunftsträchtige Form der Sozialpolitik interpretiert, aber vom Kindergarten über Schule und Hochschule bis zum Weiterbildungssektor alle Institutionen dieses Bereichs privatisieren möchte. Denn das heißt, sie für Reiche, Wohlhabende und den Nachwuchs besser situerter Familien zu reservieren. In einem Bildungssystem, das privatisiert und kommerzialisiert wird, stoßen Kinder nur noch auf Interesse, wenn sie bzw. ihre Eltern als möglichst zahlungskräftige Kunden firmieren. Kontraproduktiv wirken auch die Beschneidung der Lernmittelfreiheit in mehreren Bundesländern und die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen. Je weniger die öffentliche Hand aufgrund einer falschen Steu-

erpolitik in der Lage ist, die materielle Unterversorgung von Familien zu kompensieren, umso mehr Kinder leiden unter dem, was missverständlich „Bildungsarmut“ genannt wird.

Konsequenzen für die Armutsbekämpfung: „Bildung für alle“ statt Umverteilung des Reichtums?

Armutsbekämpfung wird heute weitgehend auf Bildungsförderung reduziert. So wichtig ein Abbau von Bildungsbarrieren und eine Verbesserung der Bildungschancen für arme Kinder – übrigens keineswegs nur solche mit Migrationshintergrund – wären, so wenig reicht die bloße Erweiterung der Bildungsförderungsmaßnahmen aus, wenn keine inhaltliche Neugestaltung dieses Bereichs erfolgt. Wie die Bedeutung der Sprache für die Integration der Migrant(inn)en maßlos überschätzt wird, so betont man auch die Bedeutung der Bildung für die soziale Inklusion von Kindern aus der Unterschicht m.E. viel zu stark.

Was unter günstigen Umständen fraglos zum individuellen beruflichen Aufstieg taugt, versagt als gesellschaftliches Patentrezept: Wenn alle Kinder, was sicherlich wünschenswert wäre, mehr Bildungsmöglichkeiten bekämen, würden sie um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze womöglich nur auf einem höheren geistigen Niveau, aber nicht mit größeren Chancen konkurrieren. Wahrscheinlich gäbe es am Ende mehr Taxifahrer mit Abitur und Hochschulabschluss, aber kaum weniger Armut. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch die Erwerbslosigkeit und die (Kinder-)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen.

Ohne eine spürbare Verbesserung der Bildungseinrichtungen und der Bildungschancen für alle Wohnbürger/innen bzw. ihre Kinder ist die Armut in

Deutschland nicht erfolgreich zu bekämpfen. Bildungsbeteiligung ist allerdings schon längst kein Garant für eine gesicherte materielle Existenz mehr und reicht daher zur Armutsbekämpfung nicht aus. Denn so wenig das Problem monokausal begründet ist, so wenig lässt es sich eindimensional, d.h. ausschließlich mittels der Pädagogik lösen. Dies gilt besonders dann, wenn Bildung im Sinne der ökonomischen Verwertbarkeit von „Humankapital“ durch den „eigenen“ Wirtschaftsstandort seitens mächtiger Kapitalinteressen instrumentalisiert wird. Bildung darf nicht auf die (berufliche) Qualifikation reduziert werden, schließt vielmehr die Entwicklung der Persönlichkeit, kultureller und sozialer Kompetenzen immer mit ein.

Bildungs-, Erziehungs- und Kulturinstitutionen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich finanziert und ausgebaut werden sollten. Bildung ist jedoch keine politische Wunderwaffe im Kampf gegen die Kinderarmut, zumal sie immer mehr zur Ware verkommt, statt als konstitutiver Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Wohnbürger/innen frei zugänglich zu sein. Studiengebühren, Transportkosten und Schul- oder Büchergeld schrecken gerade die Kinder aus sozial benachteiligten Familien vom Besuch einer weiterführenden bzw. Hochschule ab.

Literatur

- Butterwegge, Christoph: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2011
- Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. Aufl. Wiesbaden 2011